

*Wie es scheint, richten sich die meisten Mitglieder der FARC darauf ein, auch nach der Abgabe ihrer Waffen in den 26 Sammlungsortschaften zu bleiben. Das Magazin SEMANA untersucht, welche Gründe es dafür geben könnte (18.3.2017):*

### **Die Sammlungsorte: Ist die FARC dort angekommen um zu bleiben?**

Es handelt sich um richtige kleine Ortschaften, nicht um Camps. Wenn man die Orte betritt, welche die FARC gerade in 26 Zonen im Land aufbaut, hat man nicht den Eindruck, es handelte sich dabei um vorübergehende Unterkünfte. Auf Zementböden werden Holzpfosten aufgerichtet, Dächer aus Eternit aufgesetzt und individuelle Zimmer von je 24 m<sup>2</sup> für die Guerrilleros angelegt, deren Serienkonstruktion an das Viertel einer Ortschaft erinnert. Es gibt Unterrichtsräume, Wassertanks, Stromgeneratoren sowie mobile Toiletten und Duschen. All das mitten im Urwald, z.B. im Departement Putumayo, auf Berggipfeln wie in Miravalle (Dept. Caquetá) oder in der Ebene wie in Charras (Dept. Guaviare).

Jedes dieser Örtchen hat investive Mittel von 5 Mrd Pesos (rd. 1,7 Mio EUR, A.d.Ü.) erhalten. In einigen Fällen war es nötig, Straßen zu bauen oder Brücken zu verstärken, um die Baumaterialien zu transportieren. Diese Kosten sind unerheblich, denkt man daran, dass es darum geht, einen Krieg von einem halben Jahrhundert zu beenden. Die Bauarbeiten befinden sich auf halbem Weg, aber man kann schon sagen, dass sie auf Dauer angelegt sind. Das bedeutet, dass Ende Mai, wenn die Abgabe der Waffen beendet sein und die FARC sich in eine politische Partei gewandelt haben wird, sich die überwältigende Mehrheit der früheren Kämpfer aus mehreren Gründen dafür entscheiden wird zu bleiben.

Der erste Grund ist, dass nach Schätzungen der Regierung etwa 20% der Guerrilleros keine Familien haben, wo sie nach dem Waffenstillstand unterkommen können, denn sie haben zu viel Zeit unter Waffen zugebracht und haben ihre Verbindungen zur übrigen Welt abgebrochen. Der zweite Grund, so sagt die FARC, liegt im Analphabetismus in ihren Reihen, der manchmal bei bis zu 80% liegt. Eine Reihe von Universitäten hat Hilfe angeboten, die Wiedereingliederung zu erleichtern durch Programme zur Erlangung des Grundschulabschlusses oder des Abiturs innerhalb einer Frist von etwas mehr als einem Jahr. Danach wäre dies der minimale Zeitraum, während dessen viele FARC-Leute in den Sammlungszone n bleiben müssten. Gleichzeitig könnten sie dann einige Fertigkeiten erlernen, um sich aufs Arbeitsleben vorzubereiten.

Der dritte Grund liegt darin, dass sich die Kämpfer in kollektiver Form ins Zivilleben eingliedern möchten, etwa in Form von Kooperativen und zwar in den Gebieten, in denen sie früher Krieg führten. Das ist neu in Kolumbien, wo frühere Kämpfer, seien es Guerrilleros oder Paramilitärs gewesen, auf individuellen Wegen die Reintegration in die Gesellschaft suchten und dabei stets der erste Schritt der Weggang aus der Gegend war. Bei den FARC-Leuten ist das nicht so.

Ein vierter Grund für das Fortbestehen der neuen Ansiedlungen liegt darin, dass viele, man weiß noch nicht wieviele, die Übergangsjustiz durchlaufen und sich währenddessen ihre Urteile in den Sammlungszone n abwarten müssen, aber auch wegen der dort höheren Sicherheit.

Jean Arnault, Chef der UN-Mission, erklärte neulich in einem Interview, niemand müsse es ablehnen, wenn die FARC-Leute einige Monate länger in den Unterkünften blieben. Wobei Monate auch in der Realität 2-3 Jahre bedeuten könnten. Darauf deuten die Bauweise und die Materialien hin. Aber schon hat eine Gruppe Generäle die Stimme erhoben, von einem Risiko für die nationale Sicherheit gesprochen und erneut davor gewarnt, es könnten sogenannte „unabhängige Republiken“ ausgerufen werden, die seinerzeit einer der Ursprünge für den Krieg waren.

Aber das trifft heute nicht zu. Hat die FARC erst einmal die Waffen abgegeben, was bis Ende Mai der Fall sein wird, dann werden auch die Sammlungszone aufgehoben, und die Staatsmacht kann dann dort ohne Beschränkungen ihre Funktion ausüben. Die früheren Kämpfer der FARC werden dann nichts anderes als die normalen Bauern in der Region sein. Nicht mehr und nicht weniger. Ein wirkliches Problem für die nationale Sicherheit entstünde dagegen dann, wenn man sie von dort vertriebe ohne vorbereitet zu sein auf eine Gesellschaft, in der sie leben sollen.

Immerhin stellen die Militärs nur ein Echo dar für eine Befürchtung, die von einigen Gruppen der betreffenden Regionen geäußert wurden. Viele der Ansiedlungen der Demobilisierten liegen in Regionen, wo in den kommenden Jahren die 16 Programme der „Ländlichen Entwicklung mit territorialem Schwerpunkt“ in Gang gesetzt werden, die große soziale Investitionen anziehen sollen. Diese Zonen sind auch die in Havanna festgelegten 16 speziellen Wahlkreise für die Repräsentantenkammer, die jedoch nicht für die FARC und die aus ihr hervorgehende Partei, sondern für lokale soziale Organisationen und Bewegungen reserviert sein sollen, aber von denen viele auch Einflussgebiete der FARC sind.

Gleichzeitig wird auch die Wiedereingliederung der FARC Investitionen und Zuschüsse mit sich bringen, die von der Regierung, aus der internationalen Zusammenarbeit und von Privatsektor kommen werden und die ein politisches Umfeld schaffen werden, das der politischen Bewegung der FARC förderlich sein wird. Dies ist weniger ein purer Vorteil, sondern eher ein Anreiz, der in Havanna geschaffen wurde, damit eine alte und störrische Guerrilla von den Waffen zu den Wählerstimmen überwechselt.

Es ist zweifellos der Plan der FARC, in diesen Zonen zu bleiben. Aber das ist kein Plan, der unter dem Tisch gehalten wird, sondern einer, den die FARC offen vertritt. Wie Benkos, ein Führer der FARC in den Departements Chocó und Antioquia es ausdrückte: „Wir werden bleiben, weil wir von hier stammen, und hier werden wir Politik machen.“ Das Vorhaben bedeutet Übereinstimmung mit der Dynamik der ländlichen Entwicklung, der politischen Betätigung und der Wiedereingliederung mit Blick auf die Bildung der Partei der FARC in diesen Regionen.

Wie viele neue Initiativen, ruft das Ängste und Widerstand hervor. Da sind jene, die befürchten, die FARC werde in den Regionen Einfluss und Macht behalten. Aber darin liegt kein Problem, sondern im Gegenteil eine Lösung. Die FARC legt die Waffen nieder, aber verzichtet nicht auf ihren Willen zur Macht. Nun hängt alles davon ab, wie sie das bewerkstelligt. Dass sie beweist, dass sie, so wie sie in die Legalität strebt, auch zu einer demokratischen Kultur gelangen will. Dass sie die Zwangsmethoden ablegt, die sie jahrzehntelang anwendete, um das kommunale Leben zu drangsalieren. Dies ist die Herausforderung, vor der ihre Führung und der Staat selbst stehen.

Die Regierung hat allmählich begriffen, dass viele Guerrilleros einige Zeit in diesen Zonen leben möchten. Das erfordert Planung. Sind die vorläufigen Unterkünfte errichtet, so muss ihnen eine eigene Funktion im Nachkonflikt zuerkannt werden, um ihnen einen gewissen Bestand zu verleihen. In der Regierung meinen viele, dass dies der Inspektion durch die UN-Mission unterliegen und eine ausschließlich auf die Versöhnung gerichtete Ausrichtung bekommen sollte. Dies ist keineswegs bedrohlich, sondern könnte eine allmählichere und solidere Wiedereingliederung der 7000 Guerrilleros fördern, die heute ihre Zukunft im Nebel sehen.